

FLORIAN WILDE (HAMBURG)

»Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig« – Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22

Ernst Meyer (1887 bis 1930), obwohl »einer der bemerkenswertesten Führer des deutschen Kommunismus«¹, ist bis heute relativ unbekannt geblieben. Außer einigen Kurzbiographien², der sehr ergiebigen politischen Autobiographie seiner Frau sowie einem Aufsatz von Hermann Weber aus dem Jahre 1968 gibt es keine Arbeiten, die sich intensiver mit ihm beschäftigen.³

Dabei spielte Meyer von seinem Eintritt in die SPD 1908 bis zu seinem Tod eine wichtige Rolle auf dem linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung. Meyer, zum Freundeskreis um Rosa Luxemburg zählend, gehörte nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu den Gründern und Führern der Gruppe Internationale und des aus ihr hervorgegangenen Spartakusbundes. Diese Gruppen vertrat er auch als Delegierter auf den internationalen Treffen sozialistischer Kriegsgegner in Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916). Auf dem Gründungsparteitag der KPD wurde er in die Zentrale der Partei gewählt, der er in den folgenden Jahren fast ununterbrochen angehörte und in der er verschiedene leitende Funktionen übernahm. Am II. und IV. Weltkongress der Komintern (1920 und 1922) nahm Meyer als KPD-Delegierter teil.

¹ Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), H. 2, S. 177–208, hier S. 180. In seiner Einleitung zu der Autobiographie von Rosa Meyer-Leviné bezeichnet Weber Ernst Meyer als »einen der bedeutendsten KPD-Führer«. Meyer-Leviné, Rosa: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Mit einer Einleitung von Hermann Weber, Köln 1982, S. 8. Auch in dem 2004 erschienenen biographischen Handbuch deutscher Kommunisten wird Meyers »überragende Rolle in der KPD« gewürdigt. Siehe Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 503.

² Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 501–503; Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969, hier Bd. 2, S. 220–222; Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt a. M. 1969, S. 325 f.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1970, S. 328 f.

³ Meyer-Leviné: Im inneren Kreis (Anm. 1); Weber: Zu den Beziehungen (Anm. 1). Außerdem liegt meine unveröffentlichte Magisterarbeit vor. Wilde, Florian: Ernst Meyer als Vorsitzender der KPD 1921/22 (Unveröffentl. Magisterarbeit), Hamburg 2003. Ich arbeite zurzeit an einer Dissertation über »Ernst Meyer – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie.«

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Abb. 1: Ernst Meyer 1928, vor seiner tödlichen Tuberkulose-Erkrankung.

In Folge der Verhaftung des KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler⁴ im April 1921 übernahm Meyer kommissarisch die Leitung der Partei. Nach dem Jenaer Parteitag im August 1921 zum Leiter des Polbüros gewählt, wurde er zum faktischen Vorsitzenden der KPD.⁵ Vor allem wegen der von Meyer vorangetriebenen Einheitsfrontpolitik gegenüber SPD und Gewerkschaften gelang unter seiner Führung eine Konsolidierung der KPD als Massenpartei.

Nach Brandlers Rückkehr aus der Haft im August 1922, wurde Meyer mit Unterstützung des Komintern-Apparates allmählich entmachtet und auf dem Leipziger Parteitag der KPD (Januar 1923) nicht wieder in die Zentrale gewählt. Als der linke Flügel um Ruth Fischer Anfang 1924 die Führung der Partei übernahm,

⁴ Für biographische Angaben zu den in diesem Artikel genannten KPD-Mitgliedern siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm.1).

⁵ Formal bestand die KPD-Zentrale seit dem Jenaer Parteitag aus »gleichberechtigten Mitgliedern« (siehe Organisationssatzungen der KPD, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 7, 1. und 2. Halbband (1919–23), Berlin (Ost) 1966, hier Bd. 7/1 S. 560–565, hier S. 562). Meyer, der auf dem Jenaer Parteitag (gemeinsam mit Wilhelm Pieck) die meisten Stimmen erhalten hatte (siehe Die Rote Fahne vom 27. August 1921), wurde auf der ersten Sitzung der neu gewählten Zentrale zum Vorsitzenden des Polbüros gewählt (siehe Protokoll der Sitzung der Zentrale vom 31. August 1921, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), RY 1/I 2/2/13, Bl. 304) und übte in der folgenden Zeit entscheidenden Einfluss auf die Politik der KPD aus. Meyers formale Funktion als Vorsitzender des Polbüros, dem »Spitzengremium der Partei« (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten [Anm. 1], S. 43), seine reale Führungsrolle in der Partei und seine in der Literatur sehr weit verbreitete Titulierung als Parteivorsitzender lassen es daher als gerechtfertigt erscheinen, ihn als Vorsitzenden der KPD zu bezeichnen.

wurde Meyer zur führenden Figur der oppositionellen Kreise, der so genannten Mittelgruppe, von ihren Gegnern später als »Versöhnler« geschmäht. 1926 kehrte er als Führer der Mittelgruppe in die zentralen Gremien der Partei zurück, war vorübergehend neben Thälmann der »eigentliche Parteiführer« und bestimmte abermals »maßgebend die Geschicke der KPD«.⁶ Nach der erneuten ultralinken Wende der KPD 1929 wurde Meyer, bereits schwer krank, aus der Führung entfernt und in der Partei an den Rand gedrängt. Am 2. Februar 1930 starb Ernst Meyer und wurde auf dem Sozialisten-Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde bestattet.

Die KPD 1921/22: Noch eine demokratisch verfasste Partei?

Die Frage, wie demokratisch verfasst die KPD Anfang der 20er Jahre war, ist in der Forschung heftig umstritten. In der »klassischen« westdeutschen KPD-Forschung, so in Ansätzen bei Ossip K. Flechtheim und vor allem bei Hermann Weber, wird deutlich zwischen einer diskussionsfreudigen, demokratischen Anfangsphase der KPD und einer entdemokratisierten, vom Parteiapparat bürokratisch gesteuerten, von der Komintern und damit der Führung der KPdSU gänzlich abhängigen KPD der späten Weimarer Republik unterschieden. Dazwischen habe die Phase der in der KPD anfänglich als »Bolschewisierung« deklarierten Stalinisierung und einer damit verbundenen grundlegenden »Wandlung« der Partei in den Jahren 1924 bis 1928 gelegen: »[Die Stalinisierung] bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie in eine disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, straff durchorganisierten, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates [...] die Mitgliedschaft; die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. [...] An die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie [traten] Unterordnung, Gläubigkeit, Disziplin und Kommandoherrschaft«.⁷ Mit der Stalinisierung sei das Entwicklungspotenzial eines in der Anfangsphase der Partei noch dominanten »demokratischen Kommunismus« Luxemburgischer Prägung verschüttet worden, der in der Auseinandersetzung mit dem »diktatorisch-bürokratischen Kommunismus« schließlich unterlegen sei.⁸ Die Stalinisierung sei aber »schwerlich als notwendiger und unumgänglicher, ja wohl nicht

⁶ Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 503.

⁷ Weber, Hermann: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 40 (27. September 1991), S. 25–39., hier S. 27 f.

⁸ Siehe Webers Einleitung in: Weber: Der Gründungsparteitag (Anm. 2), S. 47 f.

einmal als folgerichtiger Werdegang des deutschen Kommunismus zu begreifen.«⁹ Diese Wandlungsthese wurde von Weber vor allem in seinem 1969 erschienenen, richtungweisenden Werk *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* heraus gearbeitet.¹⁰ An ihrer Gültigkeit hält Weber bis heute fest.¹¹

Es gibt aber auch Stimmen, die dieser These widersprechen. In ihrem 1986 erschienenen Werk *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921* siedelt Sigrid Koch-Baumgarten, obwohl sie an der Wandlungsthese grundsätzlich festhält,¹² die erste Metamorphose des Kommunismus schon *vor* der Phase 1924 bis 1928 an. Sie bezeichnet bereits die Ausschlüsse von Mitgliedern in Folge der Auseinandersetzung um die Märzaktion¹³ als »Säuberungswellen« und kommt zu dem Schluss: »Damit war die erste und entscheidende Phase der »Bolschewisierung« der KPD schon 1922 abgeschlossen – die nicht, wie bisher angenommen, erst Mitte der 20er Jahre einsetzte.«¹⁴ »Alle für die weitere Entwicklung der KPD real-kommunistischer Prägung grundlegenden Formen und Voraussetzungen bildeten sich schon in dieser Phase heraus [...]«¹⁵ – also eben jener Phase, in der Ernst Meyer an der Spitze der Partei stand.

Noch einen deutlichen Schritt weiter geht Klaus-Michael Mallmann in seinem 1996 erschienenen Werk *Kommunisten in der Weimarer Republik*, in dem er die von ihm als »Stalinisierungs-Orthodoxie« bezeichnete Wandlungsthese Webers grundlegend zurückweist.¹⁶ Autoritäre Strukturen und Apparatherrschaft seien ein dem deutschen Kommunismus von Anfang an immanentes Phänomen gewesen und die These vom in der Frühzeit der KPD dominanten »demokratischem Kommunismus« luxemburgischer Prägung daher nicht haltbar. Als Beleg führt

⁹ Siehe Webers Einleitung in: Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 52.

¹⁰ Weber: Die Wandlung (Anm. 2).

¹¹ Siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 13 f, S. 17 ff und S. 43.

¹² Siehe die Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten zu Flechtheim: Die KPD (Anm. 9), S. 30.

¹³ Die »Märzaktion« bezeichnet einen gescheiterten kommunistischen Aufstandsversuch im März 1921, der zu einer schweren Parteikrise und einem dramatischen Einbruch der Mitgliedszahlen der KPD führte. Zur Märzaktion und den Folgen siehe Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a. M. u. New York 1986; Weber, Stefan: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin 1991.

¹⁴ Koch-Baumgarten: Aufstand (Anm. 13), S.436. Ähnlich hatte in den 60er Jahren bereits Richard Löwenthal argumentiert. Löwenthal, Richard: Russland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten, in: Markert, Werner: Deutsch-Russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Stuttgart 1964. Siehe dort besonders S. 97–110.

¹⁵ Koch-Baumgarten: Aufstand, S. 443.

¹⁶ Siehe hierzu v. a. das Kapitel »Das neue Paradigma. »Stalinisierung« oder die Geburt der Avantgarde«, in: Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 54–83.

Mallmann u. a. den Heidelberger Parteitag 1919¹⁷ an: Nicht einmal Thälmann habe sich später einen Rigorismus im Durchgreifen erlaubt, wie die Zentrale um den sich als Testamentsvollstrecker Luxemburgs fühlenden Levi.¹⁸ Mallmann kommt daher zu dem Schluss: »Es bedurfte nicht Stalins, um die KPD zu »stalinisieren«.¹⁹

Einer der jüngsten Beiträge zu diesem Thema stammt von Andreas Wirsching.²⁰ Auch wenn sein Aufsatz in weiten Teilen gegen Mallmann gerichtet ist, stimmt er ihm hinsichtlich der Kritik an der Weberschen Stalinisierungsthese weitgehend zu: Sie gehöre »zu den überzeugendsten des ganzen Buches« und komme der historischen Realität »weitaus näher als Webers These vom demokratischen, »luxemburgischen« Frühkommunismus.«²¹ Der Heidelberger Parteitag gebe Anlass, »die These von der »weitgehenden innerparteilichen Demokratie« nach-

¹⁷ Auf dem illegal abgehaltenen Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1919 kam es zu schweren Spannungen zwischen der Zentrale und einem ultralinken Flügel, der daraufhin die Partei verließ und die Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) gründete. Eine Mehrheit für ihre Positionen bekam die Zentrale auf dem Parteitag nur, indem sie durchsetzte, dass ihren Mitgliedern das Stimmrecht gewährt wurde, siehe Flechtheim: *Die KPD* (Anm. 9), S. 145 f. Flechtheim bezeichnet die von Levi angewandte Methode der Spaltung als »zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch«, und Mallmann sieht im Vorgehen der Zentrale in Heidelberg »das Modell für den künftigen Umgang mit der innerparteilichen Diskussion«. Siehe Mallmann: *Kommunisten* (Anm. 16), S. 64. Angress hingegen schreibt: »Auf dem Heidelberger Parteitag von 1919 führte Levi keine Säuberung durch, sondern manövrierte die linken Extremisten in eine so unhaltbare Position, dass sie aus eigenem Entschluss die Partei verließen«. Siehe Angress, Werner T.: *Die Kampfzeit der KPD, 1921–1923*, Düsseldorf 1973, S. 211. Und die Levi-Biographin Beradt verweist darauf, dass diese Spaltung »zwar methodisch, nicht aber inhaltlich zu vergleichen« sei mit den Spaltungen späterer Jahre, bei denen es um die Durchsetzung der Apparatherrschaft in der Partei ging. Siehe Beradt, Charlotte: *Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1969, S. 33. Interessanterweise wurde die Art des Vorgehens Levis von der Komintern-Führung und namentlich von Lenin scharf kritisiert, da auf diese Weise neben den Wortführern der Linken auch zehntausende Mitglieder die KPD verließen. Siehe Winkler, Heinrich-August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin u. Bonn 1985, S. 502 f. Zum Heidelberger Parteitag siehe Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17) S. 67 ff.; Flechtheim: *Die KPD* (Anm. 9), S. 143 ff.; Harman, Chris: *Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–1923*, Frankfurt a. M. 1998, S. 188; Winkler: *Von der Revolution*, S. 259 ff.

¹⁸ Siehe Mallmann: *Kommunisten* (Anm. 16), S. 64.

¹⁹ Ebenda, S. 67.

²⁰ Siehe Wirsching, Andreas: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 45, (1997), S. 449–466. Siehe auch die Entgegnung Mallmanns auf Wirsching in: Mallmann, Klaus-Michael: *Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1999), S. 401–415. Des Weiteren siehe Weber, Hermann: *Nicht stalinisiert? Zu einer Streitschrift gegen die bisherige Forschung über die Weimarer KPD*, in: *Die Zeit* vom 14. Juni 1996.

²¹ Wirsching: »Stalinisierung« (Anm. 20), S. 463.

haltig in Frage zu stellen.«²² Die Keime von Apparatherrschaft und Abhängigkeit von Moskau seien bereits 1919/20 gelegt worden und »als dementsprechend folgerichtig und weitgehend determiniert erscheint die Entwicklung zur »Stalinisierung«. [...] Man sollte daher weniger von »Stalinisierung« sprechen als von einer sehr frühen Bolschewisierung [Unterstreichung im Original, Anm. d. A.] der KPD ausgehen.«²³ In jedem Fall ist Wirsching zuzustimmen, wenn er fordert: »Die These von den alternativen Potenzialen der Frühzeit [muss] sich am empirischen Material konkret erweisen.«²⁴

Einen Beitrag hierzu soll der vorliegende Artikel leisten. In ihm soll das Verhältnis des Parteivorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie in der KPD in den Jahren 1921/22 herausgearbeitet werden. Da ein wesentlicher Gradmesser für den demokratischen Zustand einer Partei ihr Umgang mit oppositionellen Minderheiten ist, soll im Folgenden der Umgang Meyers und der von ihm geleiteten Zentrale mit dem rechten und dem linken Flügel der Partei untersucht werden.²⁵

Der Schwerpunkt wird dabei auf der Auseinandersetzung mit der rechten Opposition liegen, da diese im untersuchten Zeitraum ihren Höhepunkt und Abschluss erreichte. Dabei wird es nicht um die inhaltlichen Dimensionen der Debatten gehen, sondern um die grundlegenden Positionen Meyers (bzw. der von ihm geleiteten Zentrale) zur parteiinternen Demokratie, die sich anhand der Konflikte mit den oppositionellen Flügeln herausarbeiten lassen. Aus den Positionen Meyers sollen abschließend Rückschlüsse auf den Zustand der innerparteilichen Demokratie in der KPD 1921/22 gezogen werden.

Der Konflikt mit der rechten Opposition

Die »Märzaktion« hatte die KPD 1921 in eine schwere Krise gestürzt. Der ehemalige Parteivorsitzende Paul Levi äußerte öffentlich scharfe Kritik am putschistischen Kurs der Partei und wurde daraufhin ausgeschlossen. Eine Reihe führender

²² Ebenda.

²³ Ebenda, S. 465.

²⁴ Ebenda, S. 463.

²⁵ Die KPD, obwohl selbst auf dem äußeren linken Flügel des Weimarer Parteienspektrums stehend, war von ihrer Gründung bis zum Abschluss der Stalinisierung in den späten 20er Jahren intern in verschiedene Strömungen entlang eines sehr ausgeprägten »Links-rechts-Schemas« aufgefächert: »Generell bestanden zwei Grundströmungen: eine realpolitische, die zuerst die Mehrheit der Massen erringen wollte, ehe sie durch einen Aufstand die Macht zu erobern und die neue Gesellschaft aufzubauen gedachte. Sie war daher im Tageskampf zu Kompromissen und einer »Einheitsfront« mit den Führungen anderer Arbeiterorganisationen bereit. Die radikale linke Strömung hingegen lehnte jeden Kompromiß ab. Diese Linken erstrebten direkt den revolutionären Aufstand und die rasche Machteroberung«, siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 18.

KPD-Mitglieder verließ mit ihm die Partei. Im September 1921 schlossen sie sich in der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) zusammen.²⁶ Sie versuchten, von außen den Kurs der KPD zu beeinflussen und hielten gleichzeitig Kontakt mit aufgeschlossenen Mitgliedern des rechten Flügels innerhalb der Partei. Zwischen dem rechten und dem ultralinken Flügel etablierte sich eine Zentrumsströmung um Ernst Meyer. Diese Strömung dominierte die auf dem Jenaer Parteitag der KPD (22. bis 26. August 1921) neu gewählte Zentrale.

Zum Umgang mit den oppositionellen Strömungen meinten alle Zentrale-Mitglieder, »daß es absolut notwendig ist, mit starker Hand in das politische Leben der Partei einzugreifen, aber nicht durch organisatorische Maßnahmen, sondern durch politische Betrachtung des Objekts.«²⁷ Und im Rundschreiben der Zentrale vom 30. Oktober 1921 heißt es: »Insbesondere ersuchen wir die Genossen aus den Bezirken, in keiner Weise [...] zu Repressalien gegen rechtsstehende Parteigenossen vorzugehen, sondern noch mehr als bisher die Genossen zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen.«²⁸

Das Bestreben, politische Konflikte in der Partei in erster Linie politisch und nicht organisatorisch, also etwa durch Maßregelungen oder gar Ausschlüsse, zu lösen, war in den folgenden parteiinternen Auseinandersetzungen für die Haltung der gesamten Zentrale kennzeichnend, vor allem aber für die Einstellung Meyers. In seinem Referat auf der November-Sitzung des Zentralausschusses (ZA; höchstes Beschluss fassendes Gremium der KPD zwischen den Parteitag, tagte 1921/22 vierteljährlich) setzte sich Meyer auffallend sachlich mit den Auffassungen der KAG auseinander. Auch wenn er abschließend ihr »Vorgehen [...] und ihre Existenz überhaupt als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft« bezeichnete, da sie »diejenigen Elemente aus der USP und SPD fernhält, die bereit sind, zu unserer Partei zu kommen«, welche aufgrund der Kritik der KAG glaubten, »dass auch unsere Partei absolut nichts taugt«, so trat er doch unbedingt für eine politische Auseinandersetzung mit dieser Gruppe ein: Die KPD habe die Auffassungen der KAG »politisch zu diskutieren und in der Diskussion zu widerlegen, und unsere Parteipresse wird [...] kurz, sachlich und nüchtern die arbeitsgemeinschaftlichen Auffassungen widerlegen müssen. Organisatorisch gegen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft vorzugehen, ist nur dann nötig, wenn die Arbeitsgemeinschaft [...] anfängt, sich zu einer Partei auszubilden und organisatorisch uns Schwierigkeiten zu machen. Dann werden wir dem organisatorischen Vorgehen, das über eine rein

²⁶ Zur KAG siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand* (Anm. 13), S. 409–444. Die KAG kritisierte die in ihren Augen »putschistische« Politik der KPD, forderte eine stärkere Ausrichtung der Politik der Partei auf den Kampf um Teilforderungen und eine stärkere Autonomie der KPD von der Komintern.

²⁷ Protokoll der Sitzung der Zentrale vom 19. Oktober 1921 in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/13, Bl. 339.

²⁸ Rundschreiben Nr. 47 vom 30. Oktober 1921 in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/43, Bl. 317.

publizistische Vertretung ihrer Interessen und falschen Auffassungen hinübergeht, auch organisatorisch antworten müssen«.²⁹

Im Winter 1921/22 erreichte der Konflikt mit der rechten Opposition in der so genannten »Frieslandkrise« seinen Höhepunkt und Abschluss.³⁰ Ernst (Reuter) Friesland, Generalsekretär der KPD, hatte sich, obwohl ursprünglich dem ultra-linken Flügel der Partei nahe stehend, seit dem Jenaer Parteitag immer mehr den Positionen der KAG angenähert.

Auf ihrer Reichskonferenz am 20. November 1921 hatte die KAG die Annahme von »Leitsätzen« beschlossen, die verschiedene von ihr an die KPD gestellte Forderungen (gemeint auch als Voraussetzung für den Wiedereintritt der KAG in die KPD) enthielten.³¹ Trotz bereits zuvor bestehender Differenzen kam es für die anderen Zentrale-Mitglieder sehr überraschend, dass sich Friesland auf der Sitzung des Polbüros am 12. Dezember und erneut auf der Sitzung der Zentrale am 14. Dezember 1921 zu den Forderungen der KAG bekannte³², an denen nur schlecht sei, »dass sie von der KAG und nicht von der KPD selber gestellt sind«.³³ Damit war seine Mitgliedschaft im Führungsgremium der KPD problematisch geworden. Das Polbüro beschloss noch am 12. Dezember 1921 mit 5 gegen 3 Stimmen (neben Friesland scheinen Clara Zetkin und Ernst Meyer, der persönlich ein gutes Verhältnis zu Friesland hatte, dagegen gestimmt zu haben³⁴),

²⁹ Protokoll der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 16. und 17. November 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/11–12, S. 30.

³⁰ Zur Frieslandkrise siehe zusammenfassend Winkler: Von der Revolution (Anm. 17), S. 532–537. Sehr gut auch Brandt, Willy/Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. Eine politische Biographie, München 1957, S. 181–204.

³¹ Die KAG-Leitsätze in: Die Internationale 3 (1921), H. 17 vom 1. Dezember 1921, S. 616. Interessant ist, dass diese Leitsätze, da nach Redaktionsschluss eingegangen, im KPD-Organ *Die Internationale* unkommentiert abgedruckt wurden mit dem Verweis, in der nächsten Ausgabe auf sie einzugehen. Hieran lässt sich einerseits die hohe Bereitschaft der KPD zur Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen in der Arbeiterbewegung ablesen, denen kurzerhand Raum in den eigenen Publikationen eingeräumt wurde. Andererseits wird die hohe Meinung, die die KPD-Führung von den Mitgliedern ihrer Partei hatte, deutlich: Offensichtlich traute man der Mitgliedschaft durchaus zu, sich eigenständig, also ohne dass die Führung ihr unbedingt ihre Einschätzung mit auf den Weg geben musste, eine Meinung über diese Leitsätze bilden zu können.

³² Siehe Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 12. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/1, Bl. 66–72 und Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 14. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/13, Bl. 412–420.

³³ Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 12. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/1, Bl. 67. Auf der Zentrale-Sitzung vom 14. Dezember 1921 wiederholte Friesland seinen Standpunkt und bezeichnete die Forderungen der KAG als »akzeptabel«. Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 14. Dezember 1921 in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/13, Bl. 415.

³⁴ Siehe Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 12. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/1, Bl. 72. Siehe zu den Gegenstimmen auch Koch-Baumgarten: Aufstand (Anm. 13), S. 428. Zu Meyers Verhältnis zu Friesland siehe Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter (Anm. 30), S. 131.

das Amt des Generalsekretärs abzuschaffen und damit Friesland dieses Postens zu entheben. Einige Zentrale-Mitglieder forderten auch Frieslands Ausschluss aus der Zentrale. Meyer sprach sich dagegen aus.³⁵ Auf ihrer Sitzung am 27. Dezember 1921 beschloss die Zentrale in Abwesenheit Meyers dann einstimmig, bis zur nächsten ZA-Sitzung Friesland von seinen Funktionen in der Zentrale und die mit ihm sympathisierenden Otto Brass und Heinrich Malzahn von ihren Funktionen in der RGZ (Reichsgewerkschaftszentrale der KPD) zu suspendieren.³⁶ Meyer stimmte nachträglich der Suspendierung Frieslands zu, hielt die Maßnahmen gegen Brass und Malzahn aber für verfehlt.³⁷

Grund für die Suspendierung der betreffenden Genossen war, dass sie am 20. Dezember einen gemeinsamen Aufruf an die Mitglieder der KPD veröffentlicht hatten, der Sympathien mit den Positionen der KAG erkennen ließ. Am gleichen Tag veröffentlichte Friesland eine Broschüre *Zur Krise unserer Partei*, die sich mit denselben Themen beschäftigte. Am 22. Dezember legten Friesland, Malzahn und Brass der Zentrale eine von 128 Genossen, darunter fünf Mitgliedern der Reichstagsfraktion, unterzeichnete Erklärung vor, in der der Rücktritt verschiedener Zentrale-Mitglieder und die Einrichtung eines internen Untersuchungsausschusses zur Märzaktion gefordert wurde. Anfang Januar erschien ein weiterer, diesmal von 28 prominenten Oppositionellen unterzeichneter Aufruf.³⁸

Die zunehmend unter Druck geratene Zentrale veröffentlichte am 17. Dezember in ihrem »Politischen Rundschreiben« folgenden Beschluss: »Die Stellung der KPD wie aller ihrer Mitglieder zur KAG kann [...] nur die des schärfsten Kampfes sein. Jede direkte oder indirekte Unterstützung der Bestrebungen der KAG in den Reihen der KPD ist unvereinbar mit den Pflichten eines Parteimitglieds.« Weiter unten heißt es dann aber in dem Rundschreiben gleich einschränkend, es sei »streng zu unterscheiden zwischen der ideologischen Auffassung von Genossen, die mit der KAG sympathisieren, und zwischen Handlungen, die [...] einen Bruch der Parteidisziplin bedeuten. Anschauungen werden natürlich nicht durch disziplinarische Maßregeln widerlegt, sondern sie können nur durch Aufklärung

³⁵ Siehe Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 12. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/1, Bl. 72.

³⁶ Siehe Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 27. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/13, Bl. 464.

³⁷ Siehe Brief der Zentrale »An die Gen. Remmele und Brandler« vom 31. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY1/I 2/3/201, Bl. 361.

³⁸ Aufruf Friesland-Brass-Malzahn, in: Die Rote Fahne vom 25. Dezember 1921; Aufruf der 128 in: Die Rote Fahne vom 24. Dezember 1921; Aufruf der 28 in: Die Rote Fahne vom 07. Januar 1922. Letzterer in Gänze abgedruckt, aber versehen mit einem bissigen Kommentar der Redaktion. Koch-Baumgarten schreibt, die Rote Fahne habe die Veröffentlichung des Aufrufs der 28 bewusst verzögert, um die Unterzeichner so zur Veröffentlichung in *Levis KAG-Mitteilungsblatt* und damit zu einem Disziplinbruch zu nötigen, siehe Koch-Baumgarten: *Aufstand* (Anm. 13), S. 431.

liquidiert werden«. Aber selbst bei Verstößen gegen die Parteidisziplin ersuchte die Zentrale die Ortsgruppen und Bezirke, dass »der ernste Versuch gemacht wird, die Genossen von der Schädlichkeit ihres Vorgehens zu überzeugen, und daß erst, wenn solche Versuche sich als völlig aussichtslos erweisen, disziplinarisch vorgegangen und in den ärgsten Fällen ein Ausschlussverfahren eingeleitet wird«.³⁹

Obwohl das EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) die gegenüber der rechten Opposition »zu schwache« und »zu tolerante« Haltung der deutschen Parteispitze scharf kritisierte⁴⁰, blieb die Zentrale bei ihrem Herangehen. So schrieb Meyer in einem Artikel vom 08. Januar 1922 erneut: »Unsere Partei wird [...] die politischen Fragen politisch beantworten und nur dann organisatorisch einschreiten, wenn grobe organisatorische Verstöße es absolut erfordern«.⁴¹ Tatsächlich suchte die Zentrale die politische Auseinandersetzung und räumte der Opposition breiten Raum zur Darstellung ihrer Positionen ein: Der Aufruf von Friesland, Brass und Malzahn, die Erklärung der 128 und der Aufruf der 28 wurden in der *Roten Fahne* veröffentlicht, Friesland konnte auf KPD-Veranstaltungen in zahlreichen Städten, in Berlin beispielsweise auf einer Versammlung von 2 000 Funktionären, seine Standpunkte vertreten und referierte auf der Sitzung des ZA am 22. Januar 1922.⁴²

Meyer trug dort den »Bericht der Zentrale« vor. Ausführlich beschäftigte er sich mit der KAG, der Friesland-Krise und mit dem Umgang mit der rechten Opposition. Meyer führte aus: »Die Genossen von der Opposition können sich nicht beschweren, daß nicht genügend Diskussionsfreiheit bestanden hat. [...] Haben die Genossen in den letzten Monaten nicht Gelegenheit gehabt, innerhalb der Organisation alles zu sagen, was sie sagen wollten? Artikel über Artikel sind publiziert worden und Versammlungen über Versammlungen haben stattgefunden, wo die Genossen die breiteste Diskussionsfreiheit gehabt haben. [...] Gerade auf die politischen Angriffe der KAG ist politisch geantwortet worden, und

³⁹ Politisches Rundschreiben Nr. 13 vom 17. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/44, Bl. 108. Und auch nach der Veröffentlichung des Aufrufes der 28 ersuchte die Zentrale die Bezirke, mit Maßnahmen gegen die Unterzeichner bis zur Klärung der Fragen auf der ZA-Sitzung am 22. Januar 1922 zu warten. Siehe Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 11. Januar 1922, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/14, Bl. 19.

⁴⁰ Siehe Koch-Baumgarten: Aufstand (Anm. 13), S. 435.

⁴¹ Meyer, Ernst: Zur Krise unserer Partei, in: Die Internationale, 4 (1922), H. 3 vom 8. Januar 1922, S. 49.

⁴² Siehe Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, Berlin (Ost) 1971, S. 291. Ein interessantes Detail zur damaligen Diskussionsbereitschaft in der KPD ist, dass selbst in Berlin, Hochburg des linken Flügels, die Versammelten, obwohl sie »sehr erregt über Frieslands Umfall waren« und auch böse Worte fielen, »ohne Störung das fünfviertelstündige Referat Frieslands« anhörten. Siehe Brief der Zentrale »An die Gen. Remmele und Brandler« vom 31. Dezember 1921, in: SAPMO-BArch, RY1/I 2/3/201, Bl. 361.

auf die politische Frage der Opposition ist politisch geantwortet worden. Als aber die Genossen organisatorisch gegen uns vorgingen, blieb der Zentrale nichts anderes übrig, als organisatorische Maßnahmen zu ergreifen. Die Zentrale ist zum Teil angegriffen worden, daß sie zu spät eingegriffen hätte. [...] Wir halten diese Vorwürfe für falsch, und zwar aus folgenden Gründen: jede organisatorische Maßnahme wurde und ist selbst jetzt noch behandelt als eine Maßregelung, als ein Zeichen der Unfähigkeit, politisch zu antworten. Deshalb mußten wir diesen Kampf zuerst politisch führen.⁴³ Meyer stellte den Antrag der Zentrale an den ZA vor, Friesland, Brass, Malzahn und die Unterzeichner des Aufrufs der 28 aus der Partei auszuschließen, ein Schritt, der »die notwendige Folge ihres politischen und organisatorischen Auftretens« sei, notwendig auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit der Opposition die Partei hindere, sich überhaupt noch mit aktuellen Fragen zu beschäftigen.⁴⁴ Der ZA stimmte dem Antrag der Zentrale mit 41 gegen 4 Stimmen zu und schloss die Betreffenden aus.⁴⁵ Mit dem Ausschluss Frieslands und der ihm nahe stehenden Genossen, denen noch einige weitere Austritte von mit ihnen sympathisierenden Mitgliedern und Funktionären folgten, kam der Konflikt mit der rechten Opposition zum Abschluss.

Der Umgang mit der linken Opposition

Die linke Opposition⁴⁶ war zahlenmäßig weitaus stärker als die rechte, ihre Hochburgen in der Partei waren die mitgliederstarken Bezirke Berlin-Brandenburg (Wirkungsstätte der führenden Köpfe dieses Flügels, Ruth Fischer und Arkadij Maslow) und Wasserkante. Auf dem Jenaer Parteitag 1921 war »der punkt der Linken stark zur Geltung« gekommen.⁴⁷ Dennoch bedeutete die Annahme der Einheitsfrontpolitik einen »entscheidenden Sieg der rechten und gemäßigten Richtungen in der KPD über den militanten linken Flügel«.⁴⁸

⁴³ Protokoll der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 22. und 23. Januar 1922, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/12, Bl. 256 f.

⁴⁴ Ebenda, Bl. 257.

⁴⁵ Siehe Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17), S. 255. Die Ausgeschlossenen gingen mehrheitlich zur KAG, schlossen sich dann mit dieser wenig später der USPD an und vollzogen mit dieser im September 1922 die Wiedervereinigung mit der SPD, in der v. a. Friesland, jetzt wieder unter seinem richtigen Namen Ernst Reuter, Karriere machen sollte und nach dem 2. Weltkrieg zum Regierenden Bürgermeister West-Berlins wurde.

⁴⁶ Zur Struktur und Funktion der linken Opposition in der Partei siehe Utz, Hans: *Die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands 1921–1923* (Dissertation), Bern 1974, S. 144–166.

⁴⁷ Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17), S. 240. Ähnlich Koch-Baumgarten: *Aufstand* (Anm. 13), S. 392.

⁴⁸ Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17), S. 242.

Während die Linke in permanenter Opposition zur Auslegung der Einheitsfrontpolitik der Zentrale stand, versuchte die Zentrale dennoch, sie zu integrieren und für ihre Ansichten sogar das Zentralorgan der Partei offen zu halten. So beantragte der Bezirk Berlin-Brandenburg auf der Sitzung der Zentrale am 11. November 1921, in der *Roten Fahne* eine Beilage mit dem Titel »Taktik und Organisation« erscheinen zu lassen und diesem Bezirk die Redaktion der Beilage zu übertragen. Die Zentrale beschloss, die Beilage herauszugeben, sie zwar von der Redaktion der *Roten Fahne* redigieren zu lassen, den Berlinern aber »ein weites Mitspracherecht« zuzugestehen.⁴⁹ In der Praxis wurde die Beilage bald zu einem Organ des linken Flügels und wurde schließlich auf Druck Lenins zum 1. Januar 1923 eingestellt.⁵⁰ Ähnliche Beispiele für den Integrationskurs der Zentrale sind die zahlreichen Artikel führender Linker in der *Internationale*, die Hinzuziehung Ruth Fischers, der ärgsten innerparteilichen Widersacherin Meyers, zu den Zentrale-Sitzungen im Sommer 1922 oder auch der große Anteil der Linken an der Delegation der KPD zum IV. Weltkongress der Komintern.

Dass dem linken Flügel die kommunistische Presse weitgehend offen stand, nutzte er wiederholt zu heftigen Angriffen auf die Zentrale und auf Meyer selbst – vor allem im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Kurs der Partei in der Rathenau-Kampagne im Sommer 1922.⁵¹

⁴⁹ Siehe Protokoll der Zentrale-Sitzung vom 11. November 1921, in: SAPMO-Barch, RY 1/I 2/3/13, Bl. 356. Schon der Titel war eine Provokation für die Zentrale, lehnte er sich doch an die zur Verteidigung der Märzaktion und der Offensivtheorie geschriebene Broschüre *Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive: Die Lehren der Märzaktion* an. Nachdem ihre Hauptthesen vom III. Weltkongress der Komintern verurteilt worden waren, wurde diese Schrift auch von der deutschen Partei offiziell abgelehnt. Siehe Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17), S. 209.

⁵⁰ Siehe Firsov, Friedrich: *Die Hilfe der Komintern für die ideologisch-politische und organisatorische Festigung der KPD 1919–1922*, in: Imig, Werner/Kissljakow, Walter (Hrsg.): *Studien zur ideologischen Entwicklung der KPD 1919–23*, Berlin (Ost) 1981, S. 19–49, hier S. 45 und Utz: *Die Einheitsfrontpolitik* (Anm. 46), S. 21.

⁵¹ Die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau durch rechtsradikale Fanatiker am 24. Juni 1922 löste eine landesweite Welle von Demonstrationen und Streiks aus. SPD, KPD, USPD, ADGB und AfA-Bund schlossen daraufhin ein gegen die extreme Rechte gerichtetes Abkommen. Der Kurs der KPD-Parteiführung wurde vom linken Flügel scharf kritisiert. Dessen Vorwurf lautete, die Partei habe unkritisch die Republik verteidigt, anstatt die Notwendigkeit ihrer Zerstörung und Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats zu betonen. Zum Mord an Rathenau und der folgenden Bewegung siehe Winkler: *Von der Revolution* (Anm. 17), S. 427 f.; Angress: *Die Kampfzeit* (Anm. 17), S. 275 ff. Zur Politik der KPD nach dem Rathenau-Mord v. a. Reisberg: *An den Quellen* (Anm. 42), S. 485–535. Beispiele für die scharfen Angriffe der Linken auf die Zentrale bzw. auf Meyer in der kommunistischen Presse: M[aslow], A[rkadij]: *Nach dem Zentralausschuss der KPD*, in: *Taktik und Organisation* 1, Nr. 27 (Beilage der Roten Fahne vom 29. Juli 1922); Fischer, A[ugust]: *Nochmals zur Taktik der Einheitsfront*, in: *Die Internationale* 5 (1922), H. 4 vom 18. August 1922, S. 85 ff. Klein, Ruth: *Einige Ergänzungen zu dem Bericht vom Zentralausschuss*, in: ebenda.

Der Integrationskurs der Zentrale gegenüber der linken Opposition, ihre Einbindung in die Praxis der Partei etwa als Bezirksleitung der stärksten KPD-Bezirke und die »wenn auch sehr tolerante Parteidisziplin«⁵² verhinderten aber eine Eskalation des Konfliktes einschließlich Ausschlüssen und ähnlichen Maßnahmen.

Ernst Meyers Positionen zur innerparteilichen Demokratie

Ernst Meyer verteidigte in den internen Auseinandersetzungen die Diskussionsfreiheit in der Partei und die Offenheit der kommunistischen Presse für oppositionelle Ansichten als unbedingt notwendig. Auf der Sitzung des November-ZA erklärte er:

»Wir können feststellen [...], daß gelegentlich rechts und links Auffassungen vorhanden sind, die nicht der Auffassung der Parteimehrheit entsprechen [...]. Es muß selbstverständlich Aufgabe unserer Partei sein, alle solche Abweichungen [...] sachlich zu diskutieren und politisch zurückzuweisen. Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig, eine Freiheit, die auch dadurch gestärkt werden muß, daß unsere Organe, insbesondere unsere Zentralzeitschriften [...] sachlich taktischen Auseinandersetzungen Raum gewähren. Wir denken nicht daran, [...] nach dieser oder jener Seite hin die Fragen personell oder organisatorisch zu lösen und abzuschneiden, sondern: Unsere Partei hat Raum und muß Raum haben für die sachliche Diskussion der verschiedenen politischen Auffassungen. [...] Wenn also bei einzelnen Genossen die Befürchtung bestehen sollte, daß Ausschlüsse oder Versetzungen oder ähnliche schreckliche Dinge geplant seien, so können wir die Genossen von vornherein beruhigen. Das ist nicht die Absicht der Zentrale, durch personelle Erledigung politische Fragen zu lösen, sondern wir betrachten es als Aufgabe der Partei, politische Fragen politisch zu lösen.«⁵³

Diese Offenheit der Diskussionen in der kommunistischen Partei wurde von Meyer als Vorzug der KPD gegenüber den anderen Arbeiterparteien gepriesen. So sagte er auf dem Leipziger Parteitag im Januar 1923: Die Diskussionen dieses Parteitages seien nicht sonderlich fruchtbar gewesen, da alle Fragen bereits im Vorfeld »so eingehend in den Mitgliedschaften diskutiert worden sind, daß eigentlich alle Genossen vollkommen über die Argumente [...] unterrichtet sind. Eben dadurch unterscheidet sich unser Parteitag von dem der Sozialdemokratie, daß er tatsächlich vorbereitet ist durch eine eingehende Diskussion aller Fragen. Unsere Partei fürchtet nicht die Kritik, prüft mit aller Schärfe nach jeder Aktion, was falsch gewesen ist, und so kann der Parteitag nur das abschließende Urteil

⁵² Utz: Die Einheitsfrontpolitik (Anm. 46), S. 147.

⁵³ Protokoll der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 16. und 17. November 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/11–12, Bl. 31.

geben. Die Partei braucht Kritik, denn das ist das Zeichen der Gesundheit«. Interessant ist die Einschränkung, die Meyer dann zu diesem Punkt macht: »Was wir aber vermeiden müssen, ist die Übertreibung der Kritik, aus der leicht eine Schädigung der Werbekraft unserer Partei entstehen kann«. ⁵⁴ Freiheit der Kritik scheint für Meyer kein Selbstzweck gewesen zu sein, sondern ein unbedingt notwendiges Element der Entwicklung einer richtigen Politik und damit der Stärkung des kommunistischen Einflusses. Sie war aber auch daran gekoppelt und diesem Ziel letztlich untergeordnet: Übertriebene Kritik, die eine Stärkung dieses Einflusses zu gefährden drohe, müsse vermieden werden: »Die Wirkung der Kritik muß doch sein, die Organisation schlagkräftiger zu machen, sie innerlich zu festigen und nach außen ihre Position zu erleichtern«. ⁵⁵

Die Freiheit der Diskussion nach innen fand für Meyer ihre Grenzen in dem Moment, in dem aufgrund der Diskussionen Mehrheitsbeschlüsse gefasst wurden, aus denen Aktionen nach außen folgten: »Daß, was die Partei verlangt, ist nur, daß in der Zeit der Aktion alle verschiedenen Auffassungen zugunsten der Aktion schweigen oder zurücktreten, die von der gesamten Partei oder ihren Organen beschlossen ist«. ⁵⁶ Und an anderer Stelle sagte er, es müsse hervorgehoben werden, »daß viele Kritiker, die nachher die Märzaktion kritisiert haben, damals erfreulicherweise revolutionäre Kampfdisziplin geübt haben und mit uns in den Reihen der Kämpfenden standen. Wir können nur die Kritik begrüßen, die vom Boden des Kampfes aus geübt worden ist, und wir lehnen von vornherein jede Kritik ab, die abseits der Kämpfenden steht und an dem herumnörgelt, was blutende Proletarier getan haben oder tun.« ⁵⁷

Keine frühe Bolschewisierung der KPD

Das grundsätzliche Herangehen Meyers (und der von ihm geleiteten Zentrale) an oppositionelle Strömungen in der Partei war 1921/22 geprägt von dem Bestreben, politische Konflikte durch Diskussion und nicht durch Reglementierung zu

⁵⁴ Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1923, S. 251. Ähnlich äußerte sich Meyer auch auf dem Jenaer Parteitag, siehe Bericht über die Verhandlungen des II. (VII.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1922, S. 216.

⁵⁵ Protokoll der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 23. Juli 1922, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/14, Bl. 157.

⁵⁶ Protokoll der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 16. und 17. November 1921, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/11–12, Bl. 31.

⁵⁷ Bericht über die Verhandlungen des II. (VII.) Parteitages (Anm. 54), S. 216.

lösen. Meyer selbst scheint geradezu einen Widerwillen gegen Maßnahmen wie Parteiausschlüsse etc. gehabt zu haben, die er als »schreckliche Dinge«, als »ein Zeichen der Unfähigkeit, politisch zu antworten«, bezeichnete. Wie seine Frau später schrieb, kämpfte er in den internen Auseinandersetzungen »mit politischen Argumenten in bester Tradition demokratischer Spielregeln, die alleine das Funktionieren einer gesunden Partei auf die Dauer sicherstellen können. [...] Mit unfairen Methoden zu kämpfen, war Ernsts Stärke nicht.«⁵⁸ Innerhalb der Zentrale wandte er sich so anfänglich gegen die Suspendierung Frieslands, später gegen die von Malzahn und Brass. Erst als er keine Möglichkeit zur anderweitigen Beilegung des Konfliktes sah, sprach er sich für einen Ausschluss der Opponenten aus, den er auf dem Januar-ZA mit fast entschuldigendem Ton begründete. Für Meyer demonstrierte die Zentrale mit den Ausschlüssen nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche.

Generell wurde seitens der Meyer-Zentrale versucht, die Opposition wo möglich zu integrieren.⁵⁹ Ihr stand die Parteipresse weitgehend offen, ihre Erklärungen wurden dort selbstverständlich abgedruckt und auf Parteitagungen wie auf ZA-Sitzungen konnte sie ihre Positionen in Koreferaten offen vertreten.⁶⁰

Das von Meyer vertretene Partei-Modell war nicht das einer monolithischen, von der immer Recht habenden Führung beherrschten Partei, sondern das einer offenen, in sich demokratischen kommunistischen Partei, die in freier Diskussion den adäquaten Weg zum Sozialismus zu finden sucht.

Die vehement von Meyer verteidigte Notwendigkeit von Diskussionsfreiheit und Freiheit der Kritik in der Partei können somit als Grundelemente seines Verständnisses von Demokratie in der KPD 1921/22 gewertet werden. Ihre Grenzen finden diese jedoch in dem Moment, in dem die Partei eine von ihr oder ihren Gremien beschlossene Aktion beginnt.

Meyer erscheint daher als Verfechter eines demokratischen Zentralismus im ursprünglichen Leninschen Sinne: Freiheit der Diskussion nach innen, Einheit in der Aktion nach außen, und in der Aktion Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit. Sehr betont wurde von ihm die demokratische Seite des demokratischen Zentralismus. Dieser war etwas substanziell anderes als das später unter gleichem Namen in den stalinisierten Parteien dominante Modell eines dann nur noch bürokratischen Zentralismus, in dessen Folge die Freiheit der Kritik und Debatte immer mehr abwürgt und gegen abweichende Meinungen sofort organisatorisch durch Ausschlüsse etc. vorgegangen wurde.⁶¹

⁵⁸ Meyer-Leviné: Im inneren Kreis (Anm. 1), S. 40.

⁵⁹ Ähnlich argumentiert auch Utz: Die Einheitsfrontpolitik (Anm. 46), S. 175.

⁶⁰ Ähnlich urteilen auch Weber und Herbst in: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 1), S. 23.

⁶¹ So urteilt auch Weber über den demokratischen Zentralismus: »So war es nicht das abstrakte Prinzip des demokratischen Zentralismus, das ursächlich zur bürokratisch-zentralistischen

Die hier vorgenommene Untersuchung zu Ernst Meyers Verhältnis zur internen Demokratie lässt auch eine Positionierung in der eingangs dargestellten Forschungskontroverse zu. Wenn Mallmann versucht, anhand von Beispielen aus den späten 20er und frühen 30er Jahren (wie z. B.: »Am 13. Juli werden wir dem Führer der proletarischen Klassenfront [gemeint ist Thälmann, Anm. d. A.] [...] proletarische Rechenschaft ablegen«) einen »grassierende[n] Führer-Begriff« und ein »in den Bahnen von Befehl und Gehorsam erstarrende[s] Denken« als generelle Merkmale der KPD nachzuweisen.⁶² Seine Zurückweisung der Stalinisierungsthese verstellt den Blick auf die grundlegend veränderten Realitäten in der KPD der frühen und der späten 20er Jahre. Denn was auf die KPD der späten 20er fraglos zutrifft, kann m. E. nicht auf die frühen 20er übertragen werden. In der gesamten Zeit, in der Ernst Meyer an der Spitze der Partei stand, findet sich nicht ein Hinweis auf einen sich an seiner Person oder auch an der von ihm geleiteten Zentrale manifestierenden Führer-Begriff, nicht einmal findet sich in den untersuchten Quellen eine Verbindung von Meyers Namen mit dem Wort »Führer« oder ähnlichen Attributen.⁶³ Ebenso problematisch ist, wenn Mallmann, erneut ausgehend von Beispielen ab der Mitte der 20er Jahre, für die gesamte Geschichte der KPD verallgemeinert: »Kollegialität mußte unter diesen Umständen selbst auf der Führungsebene ein Fremdwort bleiben.«⁶⁴ Die Meyer-Zentrale erweckt (v. a. nach dem Ausscheiden Frieslands) sehr wohl den Anschein einer kollegial arbeitenden Parteiführung, deren Atmosphäre etwa von Pieck in verschiedenen Briefen vom Frühjahr und Sommer 1922 als »sehr harmonisch«⁶⁵ beschrieben wird.

Herrschaft von Führung und Apparat in der KPD führte, sondern umgekehrt bewirkte die politische Entwicklung, die Faktoren der Stalinisierung, die in Kommunistischen Parteien bald übliche restriktive Auslegung des theoretischen Prinzips. In den letzten Jahren der Weimarer Republik galt für die KPD der demokratische Zentralismus zwar weiterhin als das Organisationsprinzip, doch waren die demokratischen Komponenten eindeutig verdrängt. Weber, Hermann: Demokratischer Zentralismus. Probleme innerparteilicher Demokratie im Deutschen Kommunismus, in: Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus von Hermann Weber. Hrsg. von Werner Müller, Köln 1988, 89–103, hier S. 95.

⁶² Mallmann: Kommunisten (Anm. 16), S. 145.

⁶³ Wenn überhaupt wurde in der KPD nur die 1921 bereits 64-jährige Klara Zetkin als Führungsfigur verehrt, siehe Utz: Die Einheitsfrontpolitik (Anm. 46), S. 174 u. 182. Utz schreibt daher auch explizit über eine »Geringschätzung der Führer« in der KPD in der Zeit 1921 bis 1923 (siehe ebenda S.174). Gegen den von Mallmann verallgemeinerten »grassierenden Führerbegriff« spricht auch, dass der VII. Parteitag der KPD die bisherige Doppelspitze zugunsten einer aus »gleichberechtigten Mitgliedern« bestehenden Zentrale abschaffte. (Siehe Anm. 5.)

⁶⁴ Mallmann: Kommunisten (Anm. 16), S. 145.

⁶⁵ Brief Pieck an Brandler vom 12. April 1922, in: SAPMO. RY 1/I 2/3/202, Bd. 1, Bl. 92. Siehe auch Brief Pieck »An die deutsche Delegation, Moskau« vom 26. Juli 1922, in: SAPMO. RY 1/I 2/3/202, Bd. 2, Bl. 78. Auch Utz bezeichnet die Kollegialität der Führung als eines der Merkmale der Meyer-Zentrale. Utz: Die Einheitsfrontpolitik (Anm. 46), S. 175.

Auch mit Begriffen wie »Korporalsform der Macht«⁶⁶, »Kasernenhofdenken« oder »Kommandosprache«⁶⁷ lässt sich die KPD zumindest unter Leitung Ernst Meyers 1921/22 nicht angemessen fassen. In der Summe muss also Mallmann widersprochen werden, wenn er von einem »lange vor Stalin angelegten Prozess hin zur Apparatherrschaft«⁶⁸ schreibt. Tendenzen in Richtung einer Zentralisierung und ideologischen Homogenisierung der Partei waren zwar in der Tat Eigenprodukte der Entwicklung des deutschen Kommunismus – in Anbetracht der extremen ideologischen Heterogenität der KPD bei ihrer Gründung wohl auch notwendige Eigenprodukte – an die im Verlauf der Stalinisierung angeknüpft werden konnte. Dass aus diesen Tendenzen aber eine bürokratische Diktatur des Apparates erwuchs, ist ohne einen erst später im Zuge der Stalinisierung einsetzenden, grundlegenden Funktionswandel des deutschen Kommunismus (und damit auch seiner Führung) nicht erklärbar.

Somit muss auch die von Löwenthal, Koch-Baumgarten und Wirsching vertretene These einer frühen Bolschewisierung der KPD zu Beginn der 20er Jahre relativiert werden: Sie macht nur dann Sinn, wenn diese Bolschewisierung von der (ja anfangs ebenfalls unter der Bezeichnung »Bolschewisierung« laufenden) Stalinisierung ab Mitte der 20er Jahre qualitativ unterschieden wird. Die auf Zentralisierung und ideologische Homogenisierung abzielende Bolschewisierung (wenn man diesen Begriff denn benutzen will) der frühen 20er Jahre lief unter Wahrung eines hohen Ausmaßes an parteiinterner Demokratie und Diskussionsfreiheit, wie sie ja auch die RKP (b) zumindest bis zum Verbot ihrer innerparteilichen Fraktionen 1921 kannte.

Die eklatanten Unterschiede zwischen dem oben skizzierten Ausmaß von parteiinterner Demokratie und Diskussionsfreiheit in der KPD unter Führung Ernst Meyers 1921/22 und dem vollständig entdemokratisierten Zustand in der stalinisierten KPD der späten 20er und 30er Jahre bleiben ohne die Annahme einer erst nach 1922 einsetzenden grundlegenden Wandlung des deutschen Kommunismus auch weiterhin nicht schlüssig erklärbar.

⁶⁶ Mallmann: Kommunisten (Anm. 16), S. 149.

⁶⁷ Ebenda, S. 144.

⁶⁸ Ebenda, S. 147.